

Antrag

Hannover, den 20.04.2021

Fraktion der FDP

Aktiver Klimaschutz durch Waldbodenkalkung

Der Landtag wolle beschließen:

Entschießung

Niedersachsen ist zu 25 % bewaldet, wovon 59 % Privat- und Genossenschaftswald und 28 % Landeswald sind. Doch die Wälder in Niedersachsen sind in einem besorgniserregenden Zustand. Schuld daran sind Dürre, Sturm und der Borkenkäfer. Neben den bekannten großen Problemen in den Fichtenbeständen ist auch zu verzeichnen, dass viele alte Rotbuchen abgestorben sind. Abgesehen von den Eichen hat sich bei allen Baumarten der Vitalitätszustand in den letzten drei Jahren verschlechtert. Der Anteil starker Schäden liegt 2020 für den Gesamtwald in Niedersachsen mit 3,8 % mehr als doppelt so hoch wie das langjährige Mittel (1,5 %).

Mit 1,1 % überschreitet die Absterberate in 2020 für den Gesamtwald in Niedersachsen den langjährigen Mittelwert 0,18 % um das 6-fache. Forstministerin Barbara Otte-Kinast lässt in einer Pressemitteilung im November 2020 mitteilen, dass ein stabiler, arten- und strukturreicher Wald, der nachhaltig auf ökologischer Grundlage bewirtschaftet wird, das Ziel sei.

Es werden Sofortmaßnahmen wie Notfall- und Wiederbewaldungsmaßnahmen getroffen, um eine Minderung der Kalamitätsfolgen einzuleiten, jedoch zeichnet sich kein umfassender Strategieansatz im Land ab, um eine langfristige und nachhaltige Stabilisierung der Wälder zu erreichen. Laut Klaus von Wilpert, ehemaliger Leiter der Abteilung Boden und Umwelt der Forstlichen Versuchs- und Forschungsanstalt Baden-Württemberg (FVA Freiburg), ist anzunehmen, dass auf 16 % der Waldflächen die Waldböden durch Bodenversauerung so verarmt sind, dass ohne aktive Regeneration der natürlichen Bodeneigenschaften die betroffenen Wälder durch die Folgen einer unnatürlichen Bodenversauerung zusätzlich zu klimabedingten Stressfaktoren belastet sind.

Auf versauerten Böden wurzeln Bäume vor allem in der Humusaufgabe und sind so anfälliger für Stürme wie z. B. den Sturm „Friederike“, der am 18. Januar 2018 über Niedersachsen hinweg zog und schwere Schäden in den Wäldern Niedersachsens hinterließ.

Zahlreiche Untersuchungen belegen die Wirkungen der Waldkalkungen auf Waldböden. Neben chemischen Aspekten verbessern sich die Humusstruktur, die Feinwurzelverdichtung sowie die Bestandsernährung. Experten sind sich einig, dass Waldkalkungen den Boden entsauern und Grob- und Feinwurzeln vertiefen. Die Kalkungen schaffen wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Stabilisierung der Wälder gegenüber Extremwetter.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. dass das Land Niedersachsen seine Vorbildfunktion erfüllt und die bestehenden Bestände durch regelmäßige, ausreichende Bodenschutzkalkungen schützt, um den Feinwurzeln ein vollständiges Ausnutzen der Wasser- und Nährstoffvorräte zu ermöglichen, die Aluminiumlöslichkeit zu reduzieren und die Bäume somit gegenüber erneuten Extremwetterereignissen robuster werden zu lassen, und
2. in den kommenden Landeshaushalten konkret Gelder für die Kalkung des Landeswaldes einzustellen.

Begründung

Der aktuelle Waldschadensbericht der Bundesregierung zeigt auf, dass nur noch 20 % der Baumkronen keine Schäden aufweisen. Deutschland droht seinen Schatz im Wert von 725 Milliarden Euro

zu verlieren - seine Wälder. Allein die aktuellen Schäden belaufen sich laut einer Studie der Boston Consulting Group auf 6 Milliarden Euro-

Ein wichtiger Baustein der Waldrettung ist die Bodenschutzkalkung. Allein in Niedersachsen weisen Untersuchungen einen Kalkungsbedarf von über 5 000 Hektar/Jahr auf. Es bedarf aktiven Handelns, um die Wälder wieder stressresistenter zu machen und auch den dazu gehörenden Waldumbau erfolgreich zu gestalten.

Vitale Wälder mit guter Durchwurzelung in den Böden dringen zu tieferen Wasservorräten vor und sind demnach weniger anfällig für Schädlingbefall und Dürreperioden. Die teure Beseitigung von Schäden nach Kalamitäten entfällt und würde den Landeshaushalt entlasten.

Vitale gekalkte Wälder speichern mehr CO₂ und leisten damit einen größeren Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel.

Christian Grascha
Parlamentarischer Geschäftsführer

(Verteilt am 21.04.2021)